



22.040

**Förderung der Ausbildung
im Bereich der Pflege.
Bundesgesetz****Encouragement de la formation
dans le domaine des soins infirmiers.
Loi fédérale***Erstrat – Premier Conseil*

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 13.09.22 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

Präsident (Hefti Thomas, Präsident): Wir führen eine gemeinsame Eintretensdebatte über die Vorlagen 1 bis 4.

Carobbio Guscetti Marina (S, TI), für die Kommission: Die Volksinitiative "für eine starke Pflege" wurde am 28. November 2021 vom Volk mit 61 Prozent der Stimmen angenommen. Mit der Botschaft vom letzten Mai unterbreitet uns der Bundesrat eine erste Etappe der Umsetzung der Initiative. Diese Vorlage nimmt den vom Parlament am 19. März 2021 verabschiedeten indirekten Gegenvorschlag wieder auf. Nach dem deutlichen Ja der Stimmbevölkerung im November 2021 zur Pflege-Initiative war es sowohl dem Bundesrat wie auch Ihrer Kommission, der SGK-S, ein Anliegen, rasch zu handeln; dies auch vor dem Hintergrund des steigenden Bedarfs an Pflegenden. Dieser ist bereits heute nicht gedeckt, weil erstens zu wenig Pflegefachkräfte ausgebildet werden und zweitens ein höherer Anteil der Pflegefachpersonen den Beruf wieder verlässt.

Die Situation hat sich durch die Covid-19-Pandemie nicht verbessert, im Gegenteil: In der Pflege sind aktuell mehr als 14 500 Stellen offen, 7453 davon bei den Pflegefachpersonen. Vor der Pandemie waren es rund 10 000 offene Stellen und rund 6000 davon bei den Pflegefachpersonen. Entsprechend hoch ist unsere Abhängigkeit von ausländischem Pflegepersonal. In einigen Grenzregionen verfügt mehr als die Hälfte der Pflegekräfte über ein ausländisches Diplom.

Der Bedarf wird in den nächsten Jahren zunehmen. Das Schweizerische Gesundheitsobservatorium schätzt den Bedarf beim Pflegefachpersonal auf Tertiärstufe bis im Jahr 2029 auf 43 400 Personen. Um diesen Bedarf zu 100 Prozent mit schweizerischen Abschlüssen zu decken, müssten im Zeitraum von 2019 bis 2029 jedes Jahr durchschnittlich 6900 Abschlüsse erlangt werden, wenn die aktuelle Quote der Berufsaustritte – diese liegt bei 37 Prozent – in den ersten zehn Jahren nach Erwerb eines Abschlusses berücksichtigt wird. Für eine Deckung zu 75 Prozent würden 5175 Abschlüsse benötigt. Einige dieser Zahlen beinhaltet auch die Botschaft. Sie sind ein wichtiges Argument, auf diese Vorlage einzutreten.

Obwohl eine Deckung des Nachwuchsbedarfes zu 100 Prozent mit inländischen Abschlüssen nicht realistisch oder vielleicht auch kein Zielwert ist, hat die Covid-19-Pandemie gezeigt, dass die Schweiz ihre Auslandsabhängigkeit reduzieren muss.

Jetzt zur Vorlage: Der Bundesrat beantragt, den neuen Verfassungsartikel in zwei Etappen umzusetzen. Die Vorlage, die wir heute diskutieren, sieht eine Ausbildungsoffensive von Bund und Kantonen zur Behebung des Mangels an Pflegefachpersonal vor. Weiter sollen Pflegefachpersonen die Möglichkeit erhalten, bestimmte Leistungen direkt, ohne ärztliche Anordnung, zulasten der Sozialversicherung abzurechnen.

Die Vorlage besteht aus vier Entwürfen: einem Entwurf für ein Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege und drei Entwürfen von Bundesbeschlüssen betreffend die finanzielle Unterstützung durch den Bund. So werden zwei zentrale Ziele des neuen Verfassungsartikels ins Gesetz aufgenommen. Die weiteren Inhalte des neuen Verfassungsartikels sollen in einer zweiten

AB 2022 S 670 / BO 2022 E 670

Umsetzungsetappe behandelt werden. Diese soll insbesondere die anforderungsgerechten Arbeitsbedingungen, die Sicherung der Pflegequalität, den kompetenzgerechten Einsatz und die angemessene Abgeltung der





Pflegeleistungen beinhalten. Insgesamt sollen Bund und Kantone die Ausbildung während acht Jahren mit bis zu einer Milliarde Franken fördern. Die Gesamtkosten der ersten Etappe liegen für den Bund bei insgesamt 502 Millionen Franken:

1. Beiträge zur Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege, inklusive der Förderung der höheren Fachschulen, in der Höhe von maximal 469 Millionen Franken, wobei der Bund maximal die Hälfte der kantonalen Beiträge übernimmt,
2. Beiträge zur Förderung der Effizienz in der medizinischen Grundversorgung und der Interprofessionalität in der Höhe von 8 Millionen Franken,
3. Beiträge zur Förderung der Ausbildungsabschlüsse in der Pflege an den kantonalen Fachhochschulen in der Höhe von 25 Millionen Franken.

Die Gesamtkosten für den Bund sind auf acht Jahre beschränkt. In den Finanzplänen für die Jahre 2024 und 2025 sind sie bereits vorgesehen.

Zur Aufwertung des Pflegeberufs ist zudem die direkte Abrechnung bestimmter Leistungen mit den Krankenversicherern vorgesehen. Der Bundesrat wird die betroffenen Leistungen bezeichnen. Insbesondere sind dies Leistungen der Abklärung, Beratung und Koordination sowie die Leistungen der Grundpflege. Sollten die Kosten aufgrund der direkten Abrechnung steigen, könnten die Tarifpartner einen Kontrollmechanismus aushandeln.

Gemäss Artikel 25a Absatz 2 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung in Anhang Ziffer 4 sollen die Leistungen der Akut- und Übergangspflege gemeinsam von einem Arzt oder einer Ärztin und einer Pflegefachperson angeordnet werden. Mit der gemeinsamen Anordnung wird die Interprofessionalität gestärkt. Gerade beim Übergang vom stationären Bereich in die Akut- und Übergangspflege ist die Expertise der Pflegefachkräfte sehr wichtig. Haftungsrechtlich ist diese Formulierung kein Problem. Die Verwaltung hat die Kommission darüber informiert, dass diesbezüglich ein Gutachten der Universität Neuenburg vorliegt, das dies bestätigt. Ich erwähne das deshalb, weil dieser Aspekt in der Kommission ebenfalls ein Thema war.

Um zu beurteilen, ob die Ziele des Gesetzes erreicht werden, muss das Gesetz innerhalb von sechs Jahren evaluiert werden. Das Inkrafttreten der Massnahmen und insbesondere ihre rasche Wirkung hängen davon ab, wie schnell die kantonalen Gesetzgebungen angepasst oder geschaffen werden können. Einige Kantone, wie z. B. das Tessin, haben bereits Gesetze erlassen, die in diese Richtung gehen, oder sie arbeiten daran. Andere Kantone dagegen haben noch nichts in diese Richtung unternommen.

Die Kommission ist einstimmig auf das Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege eingetreten. In der Detailberatung entschied die Kommission rein formelle Korrekturen bei Artikel 13 Absatz 4 sowie, beim Bundesgesetz über die Krankenversicherung in Anhang Ziffer 4, bei Artikel 25a Absatz 1 bis (neu), Artikel 36a Absatz 3 (neu), Artikel 38 Absatz 2 und Artikel 52 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer 3.

Zu Artikel 3 des Bundesgesetzes über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege gibt es einen Minderheitsantrag Gapany.

Cette minorité demande de tenir compte des modalités de formation pratique de qualité équivalente pour augmenter la capacité de formation, en particulier la possibilité d'intégrer ce type de modalités.

Selon la majorité de la commission, cette proposition n'est pas nécessaire et peut être réglée au niveau de l'ordonnance, car la loi prévoit un rôle fort pour les cantons. Une grande partie de la mise en oeuvre doit être effectuée par les cantons. L'article de loi donne aux cantons la tâche de définir les critères de calcul des capacités de formation.

La commission est consciente que la réalité de la formation en Suisse alémanique et dans la Suisse latine, en particulier en Suisse romande, est très différente, notamment dans le domaine du tertiaire. C'est pourquoi il est important que l'élaboration de l'ordonnance tienne compte des spécificités des diverses régions linguistiques. Les formes d'apprentissage ou de formation en Suisse romande doivent être respectées, ce qui doit être pris en compte lors de l'élaboration de l'ordonnance. Pour ces raisons, la proposition a été rejetée par 9 voix contre 4.

Un consensus s'est dégagé au sein de la commission pour soutenir le projet, qui reprend intégralement le contre-projet adopté par le Parlement et soumis à consultation à l'époque. La commission est entrée en matière à l'unanimité et a, toujours à l'unanimité, accepté le projet de loi.

Je vous invite à suivre la commission.

Ettlin Erich (M-E, OW): Sie haben die Ausführungen der Kommissionssprecherin gehört. Ich möchte noch generell dazu sagen, dass man Folgendes berücksichtigen sollte, die Kommissionssprecherin hat es gesagt: Wir haben diese Vorlage schon als indirekten Gegenvorschlag beraten. Damals ging es um die Diskussion, dass wir der Pflege-Initiative einen indirekten Gegenvorschlag gegenüberstellen. Dieser indirekte Gegenvorschlag



kam aus dem Parlament. Die Basis war eine parlamentarische Initiative. Diese wurde vernehmlasst, und sie erhielt auch eine hohe Zustimmung. Ich habe es nachgelesen: Damals waren nur drei Kantone dagegen. Sie brachten föderalistische Bedenken vor, das ist klar. Doch sprach sich eine starke Mehrheit der Kantone für den Gegenvorschlag aus, dies natürlich im Zusammenhang mit der Abstimmung über die Pflege-Initiative. Der Gegenvorschlag wurde nicht grundsätzlich bekämpft.

Dann durchlief dieser Gegenvorschlag den Beratungsprozess in unserem Parlament. Es gab harte Diskussionen in den Kommissionen, vor allem auch zur Direktabrechnung durch Pflegefachpersonen mit den Krankenkassenversicherern. Sie kennen die Geschichte. Der Gegenvorschlag stand der Pflege-Initiative in der Abstimmung gegenüber. Am Schluss hat sich das Volk für die Initiative entschieden.

Jetzt könnte man eine Auslegung machen und fragen: Hat das Volk den Gegenvorschlag abgelehnt, weil es die Initiative befürwortete, oder entschied sich das Volk mit der Initiative für die – aus Sicht der Mehrheit – bessere Version? Wir könnten lange darüber diskutieren. Fakt ist: Die Pflege-Initiative wurde angenommen, und ich glaube, wir haben als Parlament die Pflicht, den Volkswillen umzusetzen. Das heisst für mich auch, dass man jetzt – die Kommissionssprecherin hat es gesagt – mindestens den Gegenvorschlag so rasch wie möglich umsetzt. Ich würde deshalb davor warnen, auch unseren Schwesterrat, dass wir jetzt zu viele Änderungen am vorliegenden Entwurf vornehmen, weil dieser wirklich durch die Vernehmlassungsmaschinerie und durch die parlamentarische Beratung gegangen ist. Wir tun dem ganzen Projekt keinen Gefallen, wenn wir hier zu viel daran herumflicken. Bedenken Sie, der Bedarf ist zeitlich gesehen wirklich dringend.

In diesem Sinne bitte auch ich Sie, auf die Vorlage einzutreten und vor allem diesen ersten Teil der Vorlage möglichst unverändert durchs Parlament zu schicken. Die Schwierigkeiten und die Diskussionen werden uns im zweiten Teil dann schon noch einholen. Wir sind alle gespannt, wie der aussehen wird. Das wird die grosse Herausforderung sein. Aber mit dem ersten Teil haben wir eine wohlausgewogene Lösung, die wir schon kennen und die wir umsetzen können. Wir können damit etwas Schub für eine Lösung der Problematik des Mangels von Pflegefachkräften in den Heimen, Spitälern und der Spitex geben.

Ich bitte Sie auch, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Gapany Johanna (RL, FR): Cette loi vise un objectif nécessaire. Je la soutiens. Comme l'a dit la rapporteuse, je suis l'auteure d'une minorité à l'article 3 qui met en fait l'accent sur l'un des défis de ce projet. C'est une précision que je propose, qui peut faire la différence pour former suffisamment de personnes dans un laps de temps qui est finalement très court. Ce sera évidemment un défi de mêler ces deux objectifs, celui de former suffisamment de personnes et celui de les former rapidement.

AB 2022 S 671 / BO 2022 E 671

Vu la réaction rapide du Conseil fédéral une fois que l'initiative a été acceptée, je ne peux que saluer le chemin emprunté et le soutenir. Maintenant, il est évident que les ressources pour former toutes ces personnes sont limitées, en particulier dans certains services. Alors bien sûr, c'est la faute au manque de personnel, en particulier pour certaines spécialités, aussi la faute au Covid-19 qui a mis une pression supplémentaire.

Selon le message du Conseil fédéral, il est prévu d'augmenter le nombre de diplômés HES d'environ 400 par an pour atteindre l'objectif de 1500 diplômés par an. Pour donner un ordre de grandeur, cela signifie, pour une institution comme la HES-SO, une augmentation de 200 à 300 diplômés par an. Ces 300 étudiantes et étudiants doivent faire 40 semaines de formation pratique durant leur cursus. Cela représente donc entre 8000 et 12 000 semaines supplémentaires de formation pratique à trouver avec les institutions de santé.

D'où cette suggestion à l'article 3 de tenir compte aussi des méthodes innovantes de formation pratique; ce sont par exemple des dispositifs de simulation qui ont été mis en place dans les hautes écoles. Le fait d'intégrer cet élément dans la loi aurait garanti la prise en compte de ces méthodes. J'entends quand même la volonté de ne rien modifier pour aller au plus vite. Surtout, les propos tenus par la rapporteuse confirment encore que cette préoccupation est partagée, que cette flexibilité sera amenée au niveau des ordonnances et des plans de formation dans le cadre du programme d'études en soins infirmiers.

Je compte sur ce changement à un autre niveau. Je retire donc ma minorité à l'article 3.

Präsident (Hefti Thomas, Präsident): Der Antrag der Minderheit zu Artikel 3 der Vorlage 1 ist zurückgezogen worden.

Germann Hannes (V, SH): Nach der Einführung durch die Kommissionssprecherin und dem Rückzug des Minderheitsantrages kann ich es kurz machen: Ich bitte Sie, auf die Vorlagen einzutreten und den Bundesbeschlüssen entsprechend zuzustimmen, und das möglichst unverändert.



Über die Differenz bei Artikel 25a gilt es zu diskutieren, aber auch diese Bestimmung ändert nichts an unserer Stossrichtung. Immerhin haben wir in diesem Rat vor etwa einem Jahr dem indirekten Gegenvorschlag mit 43 zu 0 Stimmen zugestimmt. Wir alle wissen, seit letztem Jahr ist die Situation im Pflegebereich nicht besser geworden – im Gegenteil: Die Situation hat sich auch nach der Corona-Pandemie noch deutlich zuspitzt. Der Handlungsbedarf ist und bleibt entsprechend gross. Wir tun gut daran, uns jetzt auch entsprechend glaubwürdig zu verhalten, indem wir uns mit unseren Beschlüssen möglichst nahe an den Vorlagen bewegen. Ich war damals beim indirekten Gegenvorschlag nicht mit allem einverstanden. Aber es gibt einen Entscheid des Schweizervolkes, das noch deutlich weiter gehen will. Wir können dann in der Vorlage 4 darüber entscheiden, die wohl im nächsten Jahr kommen wird. Aber jetzt gilt es, Nägel mit Köpfen zu machen und Verbesserungen anzustreben, um dem Pflegepersonal endlich die notwendige Entlastung sowie Weiterbildungsmöglichkeiten zu bieten. Die enormen Mittel, die in Aussicht gestellt worden sind, sind jetzt leider blockiert, weil die Initiative obsiegt hat. Nichtsdestotrotz ist es, glaube ich, auch ein Zeichen von Grösse, wenn wir hier diesen Beschlüssen zustimmen und dafür sorgen, dass wir möglichst rasch eine gute Lösung vorliegen haben. Der Minderheitsantrag wurde zurückgezogen, er hat sich deshalb erledigt. Ich wollte nur sagen: Es wäre auch möglich, das von Frau Gapany Beantragte in der Verordnung zu regeln. In diesem Sinne empfehle ich Ihnen noch einmal Eintreten und Zustimmung.

Berset Alain, conseiller fédéral: J'aimerais saisir l'occasion de ce débat pour rappeler quelques éléments qui concernent les soins. Nous savons qu'aujourd'hui – c'était déjà le cas avant la pandémie, qui n'a fait que renforcer ce constat – les besoins en personnel soignant ne sont pas couverts. D'une part, parce qu'il n'y a pas assez de personnel infirmier diplômé. D'autre part, parce que – et c'est frappant actuellement – un pourcentage élevé de personnes quitte la profession. Cette situation s'est effectivement aggravée en raison de la pandémie.

On a beaucoup parlé, pendant cette période, des soins intensifs, mais en réalité la situation est particulièrement précaire également dans les soins de longue durée. Nous avons aujourd'hui, dans le système de santé, plus de 14 500 postes à pourvoir. Avant la pandémie, il y avait déjà près de 10 000 postes à pourvoir, donc la situation n'a fait que devenir toujours plus difficile.

Cela conduit évidemment à ce que le système de santé suisse dépende énormément du personnel soignant étranger. En moyenne, un tiers du personnel infirmier est titulaire d'un diplôme étranger. Dans les régions frontalières, ce chiffre atteint même 50 pour cent, on peut même dépasser les 50 pour cent. En plus de ce constat de départ qui n'est pas très favorable, nous savons que le besoin en personnel soignant va continuer à augmenter en raison, notamment, du vieillissement de la population, et c'est naturellement un élément qui nous préoccupe.

Parallèlement, un cinquième – soit 20 pour cent – du personnel infirmier actif aujourd'hui prendra sa retraite d'ici sept ans. Non seulement il y a le manque important de personnel et le vieillissement de la population qui fait que les besoins augmentent, mais en plus 20 pour cent de la population travaillant dans ce domaine prendra sa retraite d'ici 2029.

C'est dans ce cadre – on ne peut pas le voir autrement – que le peuple et les cantons ont accepté l'initiative sur les soins infirmiers le 28 novembre dernier, avec un résultat fort, il faut le dire. Le mandat qui a été confié à la Confédération et aux cantons est clair. Il faut prendre rapidement des mesures pour garantir que l'accès à des soins de qualité soit possible à l'avenir pour toutes les personnes en Suisse, ainsi que des bonnes conditions de travail.

Pour aller vite, le Conseil fédéral a décidé de travailler à la mise en oeuvre de l'initiative en deux étapes. La première étape est la reprise du contre-projet à l'initiative sur les soins infirmiers qui avait été élaboré par le Parlement, avec une offensive de formation et la possibilité de facturer certaines prestations directement à l'assurance obligatoire des soins. Comme le disait notre collègue M. Germann, le Conseil fédéral n'était pas non plus d'accord avec tout ce que contenait ce contre-projet. Nous avons toujours exprimé des doutes quant à la facturation directe. Mais enfin, il y a une initiative qui a été acceptée, un mandat constitutionnel qui doit être réalisé et toute une série de mesures qui, après un débat très étendu, ont abouti à un contre-projet qui a remporté une majorité dans les deux conseils. Nous souhaitons mettre cela en place.

C'est un montant quand même très important de, globalement, 1 milliard de francs à répartir, dont 469 millions de francs à l'offensive dans la formation sur une durée de 8 ans – les cantons devraient allouer au moins autant de moyens. Il y a en plus une offensive pour créer des places de formation additionnelles pour 25 millions de francs et des travaux pour soutenir la collaboration interprofessionnelle pour 8 millions de francs.

Sans entrer dans le détail, je souhaite vous dire encore que la deuxième étape est en discussion, qu'elle est complexe parce qu'elle concerne essentiellement les employeurs et les cantons. Naturellement, comme c'est



un mandat constitutionnel, la Confédération est aussi active dans ce dossier.

L'initiative populaire précise que son but n'est pas de modifier la répartition des rôles et des compétences entre la Confédération et les cantons. Nous nous engageons fortement pour faire avancer les travaux. Comme il n'y a pas les éléments qui avaient abouti au contre-projet indirect 19.401 de la CSSS-N à l'initiative populaire, cela prend par conséquent plus de temps. C'est pour cette raison aussi que nous avons séparé les deux choses: pour pouvoir donner un signal très rapidement.

J'ai pris acte du retrait de la proposition de la minorité Gapany. Je saisis l'occasion de vous dire quelques mots à ce sujet. Le sujet que vous avez abordé nous paraît extrêmement important. Le Conseil fédéral était de l'avis qu'il n'était pas nécessaire de soutenir votre proposition de minorité, non

AB 2022 S 672 / BO 2022 E 672

pas parce qu'il la rejetait sur le fond, mais parce que cela pouvait se régler ailleurs. Donc, cela restera un sujet de discussion. C'est probablement ce qui nous intéresse toutes et tous.

J'invite votre conseil à entrer en matière et à accepter ce projet tel qu'il vous est présenté.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

L'entrée en matière est décidée sans opposition

1. Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege

1. Loi fédérale relative à l'encouragement de la formation dans le domaine des soins infirmiers

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 3

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Gapany, Dittli, Müller Damian, Stöckli)

... Ausbildung von Pflegefachpersonen) sowie von Organisationen oder Modalitäten der praktischen Ausbildung, mit denen die Ausbildungskapazitäten erhöht werden können. Kriterien sind insbesondere ...

Art. 3

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Gapany, Dittli, Müller Damian, Stöckli)

... formation pratique des infirmiers) ainsi que de toute organisation ou modalité de formation pratique, de qualité équivalente, permettant d'augmenter les capacités de formation. Ces critères sont ...

Präsident (Hefti Thomas, Präsident): Der Antrag der Minderheit ist zurückgezogen worden.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité





Art. 4–7

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 8

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.040/5243)

Für Annahme der Ausgabe ... 42 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 9–12

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 13

Antrag der Kommission

Abs. 1–3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 4

Artikel 12 mit Ausnahme der Artikel 36a Absatz 3 und 39 Absatz 1bis des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG) (Anhang Ziff. 4) gilt unbefristet. Die Artikel 36a Absatz 3 und 39 Absatz 1bis KVG (Anhang Ziff. 4) gelten acht Jahre.

Art. 13

Proposition de la commission

Al. 1–3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 4

L'article 12, à l'exception des articles 36a alinéa 3 et 39 alinéa 1bis, de la loi fédérale du 18 mars 1994 sur l'assurance-maladie (LAMal) (annexe, ch. 4) a une durée de validité illimitée. La durée de validité des articles 36a alinéa 3 et 39 alinéa 1bis, LAMal (annexe, ch. 4) est de huit ans.

Angenommen – Adopté



Änderung anderer Erlasse
Modifications d'autres actes

Ziff. 1–3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 1–3

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ziff. 4

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

mit Ausnahme von:

Art. 25a Abs. 1bis

Für die Vergütung der der Untersuchung oder Behandlung dienenden Mittel und Gegenstände, die für Pflegeleistungen verwendet werden, gilt Artikel 52.

Art. 36a Abs. 3

Die Zulassung der Organisationen nach Artikel 35 Absatz 2 Buchstabe dbis setzt einen kantonalen Leistungsauftrag voraus. Der Kanton legt im Leistungsauftrag insbesondere die zu erbringenden Ausbildungsleistungen fest unter Berücksichtigung der Kriterien nach Artikel 3 des Bundesgesetzes vom ... über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege und des Ausbildungskonzepts nach Artikel 4 des genannten Gesetzes.

Art. 38 Abs. 2

Streichen

AB 2022 S 673 / BO 2022 E 673

Art. 52 Abs. 1 Bst. a Ziff. 3

3. ... Buchstabe b und 25a Absätze 1bis und 2 verwendet werden;

Ch. 4

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

à l'exception de:

Art. 25a al. 1bis

La rémunération des moyens et appareils diagnostiques ou thérapeutiques utilisés pour les soins est régie par l'article 52.

Art. 36a al. 3

L'admission des organisations visées à l'article 35 alinéa 2 lettre dbis, nécessite un mandat de prestations cantonal. Le canton y fixe notamment les prestations de formation requises en tenant compte des critères définis à l'article 3 de la loi fédérale du ... relative à l'encouragement de la formation dans le domaine des soins infirmiers et du concept de formation visé à l'article 4 de ladite loi.

Art. 38 al. 2

Biffer

Art. 52 al. 1 let. a ch. 3

3. ... conformément aux articles 25 alinéa 2 lettre b et 25a alinéas 1bis et 2;

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 22.040/5244)

Für Annahme des Entwurfes ... 43 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)



2. Bundesbeschluss über Beiträge zur Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege
2. Arrêté fédéral sur les contributions visant à encourager la formation dans le domaine des soins infirmiers

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1–3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1–3

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 1

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.040/5245)

Für Annahme der Ausgabe ... 45 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 22.040/5246)

Für Annahme des Entwurfes ... 45 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

3. Bundesbeschluss über Finanzhilfen zur Förderung der Ausbildungsabschlüsse in Pflege an den kantonalen Fachhochschulen

3. Arrêté fédéral sur les aides financières visant à augmenter le nombre de diplômes en soins infirmiers dans les hautes écoles spécialisées cantonales

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté



Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 22.040/5247)

Für Annahme des Entwurfes ... 45 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

4. Bundesbeschluss über Finanzhilfen zur Förderung der Effizienz in der medizinischen Grundversorgung, insbesondere der Interprofessionalität

4. Arrêté fédéral sur les aides financières visant à promouvoir l'efficacité dans le domaine des soins médicaux de base, en particulier l'interprofessionnalité

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1–4

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1–4

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 22.040/5248)

Für Annahme des Entwurfes ... 45 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)